

# UN-Vertreter:innen verurteilen Israels „illegalen und inakzeptablen“ Krieg gegen die palästinensische Zivilgesellschaft

David Kattenburg, mondoweiss.net, 14.09.22

**Die UN-Beauftragte Mary Lawlor nennt die israelischen Angriffe auf palästinensische Menschenrechtsorganisationen eine „Gräueltat“. „So einfach ist das“, sagt Lawlor gegenüber *Mondoweiss*, „Israel will nicht, dass Menschenrechtsaktivist:innen die Angriffe und das Unrecht, das den Palästinenser:innen angetan wird, dokumentieren und öffentlich machen. Das ist ihre Taktik.“**

Israel kooperiert nicht mit UN-Sonderbericht-erstatte:innen oder anderen unabhängigen Expert:innen. Ihre Briefe werden nicht beantwortet und sie werden daran gehindert in die faktisch annektierten palästinensischen Gebiete einzureisen...

Am 4. Mai entschied der Oberste Gerichtshof Israels, dass die Besatzungstruppen das Recht haben, zwölfhundert Menschen, darunter 500 Kinder, aus Massafer Yatta zu vertreiben – der „größte Fall von Zwangsumsiedlung seit 1967“, so Albanese.

Nach dem israelischen Militäreinsatz gegen die Büros von sieben palästinensischen Menschenrechtsgruppen in den frühen Morgenstunden des 18. August, ihrer Durchsuchung, dem Diebstahl ihres Eigentums und ihrer Dokumente, sowie der Versiegelung ihrer Türen gaben 25 „unabhängige Experten“ der Vereinten Nationen eine Erklärung ab, in der sie „Israels eskalierende Angriffe gegen die palästinensische Zivilgesellschaft“ verurteilten.

„Diese Aktionen kommen einer schweren Unterdrückung von Menschenrechtsverteidigern gleich und sie sind rechtswidrig und inakzeptabel“, heißt es in der Erklärung vom 24. August (1), in der die UN-Mitgliedsstaaten aufgefordert werden, „wirksame Maßnahmen im Rahmen des internationalen Rechts zu ergreifen, um diesen Missständen ein Ende zu setzen“.

*Mondoweiss* sprach mit zwei der Autorinnen der Erklärung.

Francesca Albanese (2) ist die „Sonderbericht-erstatte:in über die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten“. Sie übernahm das ehrenamtliche Mandat am 1. Mai als Nachfolgerin des kanadischen Rechtsprofessors Michael Lynk.

Mary Lawlor (3) ist seit Mai 2020 „Sonderbericht-erstatte:in für die Situation von Menschenrechtsverteidigern“.

Die Menschenrechte und der Menschenrechtsverteidiger:innen im besetzten Palästina zu verteidigen ist eine schwierige Aufgabe. Israel kooperiert nicht mit UN-Sonderbericht-erstatte:innen oder anderen unabhängigen Expert:innen. Ihre Briefe werden nicht beantwortet und sie werden daran gehindert in die faktisch annektierten palästinensischen Gebiete einzureisen.

Die israelische Regierung weigert sich zurzeit, die Visa (4) der internationalen Mitarbeiter:innen des Palästina-Büros des Hochkommissariats für Menschenrechte zu verlängern.

Kurz nach Beginn ihrer Amtszeit als Sonderberichterstatterin bat Albanese um ein Treffen mit der ständigen Vertretung Israels in Genf. Ihr Ersuchen wurde abgelehnt. Ihre Mitteilungen an die israelische Regierung - einzeln und gemeinsam mit anderen Sonderberichterstatter:innen - wurden nicht beantwortet.

Lawlor bezeichnet die israelische Durchsuchung der Büros der als „terroristisch“ eingestuft Gruppen als Gräueltat

Albanese hat sich um vieles zu kümmern. Am 4. Mai entschied der Oberste Gerichtshof Israels (5), dass die Besatzungstruppen das Recht haben, zwölfhundert Menschen, darunter 500 Kinder, aus Massafar Yatta zu vertreiben (der „größte Fall von Zwangsumsiedlung seit 1967“, so Albanese).

Sieben Tage nach dieser Entscheidung wurde Shireen Abu Akleh von einem israelischen Scharfschützen erschossen.

„Es ist sehr schwierig, auf die Israelis einzuwirken, weil sie sich nicht beteiligen“, sagte Albanese gegenüber *Mondoweiss*. „Ich hoffe und erwarte, dass die israelische Regierung mit mir zusammenarbeitet. Wenn nicht, soll sie zumindest meine Arbeit nicht behindern.“

Mary Lawlor hat zehn offizielle Briefe an Israel geschrieben, in denen es um palästinensische Menschenrechtsgruppen geht, die von Israel verfolgt werden. Sie hat keine Antwort erhalten.

Lawlor bezeichnet die israelische Durchsuchung der Büros der sechs im Oktober als „terroristisch“ eingestuft Gruppen und einer siebten Gruppe, der Palästinensischen Komitees für Gesundheitsarbeit (6) - „sieben seriöse, glaubwürdige Menschenrechtsorganisationen“ - am 18. August als „Gräueltat, in Ermangelung eines besseren Begriffs“, und die administrative Inhaftierung von Menschenrechtsverteidigern wie Salah Hammouri als „schrecklichen Missstand“.

Hammouri, ein palästinensisch-französischer Menschenrechtsanwalt (7) und Feldforscher für die *Addameer Prisoner Support and Human Rights Association*, sitzt seit 2005 immer wieder in israelischen Gefängnissen, darunter ein Jahr in „Verwaltungshaft“, **ohne Anklage und auf der Grundlage geheimer Beweise**.

Anfang März wurde Hammouri ein weiteres Mal in Verwaltungshaft genommen. Am 4. September, dem Tag vor seiner geplanten Entlassung aus einer zweiten dreimonatigen Haft, erließ das israelische Militär eine dritte Haftanordnung. Wie die meisten palästinensischen Gefangenen des Staates Israel ist der 37-jährige Vater von zwei Kindern derzeit innerhalb der Grünen Linie inhaftiert, was einen Verstoß gegen Artikel 76 (8) der Vierten Genfer Konvention darstellt.

Und obwohl Hammouri in Jerusalem geboren wurde, widerrief das israelische Innenministerium im Oktober 2021 seinen Wohnsitz in Jerusalem wegen „Verletzung der Treuepflicht“ gegenüber dem Staat Israel.

„Israel kann die besetzte Bevölkerung nicht dazu zwingen, ihm die Treue zu schwören“, sagte Mary Lawlor gegenüber *Mondoweiss*, „denn Israel ist nach internationalem Recht die feindliche Macht, die Besatzungsmacht.“

Lawlor und andere, einschließlich der *Arbeitsgruppe zu willkürlichen Inhaftierungen* (9), haben sich mehrfach mit Israel über Hammouri in Verbindung gesetzt, jedoch keine Antwort erhalten.

Der Fall von Salah Hammouri sei ein Beispiel für die internationale Gleichgültigkeit gegenüber israelischen Menschenrechtsverletzungen, so Albanese. Trotz seiner französischen Staatsbürgerschaft hat Hammouri keine wirksame Unterstützung von der französischen Regierung erhalten.

Tatsächlich wurde Hammouri in das Hochsicherheitsgefängnis Hadarim innerhalb der Grünen Linie verlegt, nachdem Hammouri einen offenbar fruchtlosen offenen Brief an den französischen Präsidenten Emmanuel Macron veröffentlicht hatte.

„Wir sollten nicht vergessen, dass selbst Nelson Mandela im Südafrika der Apartheid als Terrorist angesehen wurde.“

Ebenso, so Albanese, habe es die US-Regierung unterlassen, Israel für das Einreiseverbot für den US-Bürger Ubai Al-Aboudi, Direktor des *Bisan-Zentrums für Forschung und Entwicklung*, eine der sieben Gruppen, die am 18. August durchsucht wurden, und für die Ermordung der palästinensisch-amerikanischen Shireen Abu Akleh zur Verantwortung zu ziehen.

Die Gleichgültigkeit der „internationalen Gemeinschaft“ gegenüber der Notlage der palästinensischen Menschenrechtsgruppen widerspricht der *UN-Erklärung über Menschenrechtsverteidiger von 1998* (10) und dem Vertrag, dem Israel beigetreten ist, so Francesca Albanese und Mary Lawlor gegenüber *Mondoweiss*.

Lawlor zählt die Bestimmungen des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (*CCPR*) (11) auf, die sich auf Menschenrechtsverteidiger beziehen und die Israel routinemäßig verletzt: Meinungs- und Redefreiheit, das Recht, sich friedlich zu versammeln (Artikel 21), Vereinigungsfreiheit (Artikel 22) und das Recht auf Teilnahme am öffentlichen Leben (Artikel 25).

Obwohl der Staat Israel den *CCPR* unterzeichnet hat, besteht es darauf, dass der Vertrag nur in seinem eigenen Staatsgebiet gilt, also nicht in der besetzten Westbank. Den gleichen Standpunkt vertritt der Staat Israel auch bezüglich des Vertrags über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und die Vierte Genfer Konvention. Israel gewährt jedoch jüdischen Bewohner:innen von Siedlungen in der Westbank den Schutz des Vertrags.

Albanese und Lawlor sind zwar darüber froh, dass neun EU-Mitgliedstaaten (12) Israels Vorwürfe des „Terrorismus“ gegen die sechs Palästinenserrechtsgruppen formell zurückgewiesen haben, halten dies aber nicht für ausreichend.

„Was die neun Staaten betrifft, so ist es natürlich gut, dass sie sich geäußert haben, aber sie müssen wirklich mehr Druck ausüben, um diese aggressiven Angriffe zu stoppen und die Rücknahme der Einstufung als terroristisch zu erreichen“, sagt Lawlor. „Sie müssen auch für eine angemessene politische und finanzielle Unterstützung sorgen, damit diese Menschen weiterarbeiten können.“ Lawlor fügt hinzu: „Ein Zentimeter der USA ist mehr wert als ein Meter der EU.“ Ohne Sanktionen, die die USA und die EU wohl nicht verhängen werden, wird Israel weiterhin palästinensische Menschenrechtsgruppen unterdrücken. Der Vorwurf der „terroristischen“ Verbindungen ist nur ein Vorwand, sagen Albanese und Lawlor.

„Dies ist ein Instrument, das Mächte in einer dominanten Position nutzen, um die Unterdrückung der unterworfenen Bevölkerung voranzutreiben“, sagte Albanese gegenüber *Mondoweiss*. „Wir sollten nicht vergessen, dass selbst Nelson Mandela im Südafrika der Apartheid als Terrorist angesehen wurde.“

**Praktiziert Israel Apartheid? Ja, sagt Albanese. „Es ist vollständig dokumentiert, dass Israel das Verbrechen der Apartheid in den besetzten palästinensischen Gebieten und gegenüber den Palästinensern im Allgemeinen praktiziert.“**

„Ich denke, das Ziel ist es, ihre Arbeit zu zerstören, ihre Arbeit zu unterbinden und ihnen die Finanzierung zu entziehen“ so Lawlor. „So einfach ist das“. „Israel will nicht, dass Menschenrechtsverteidiger:innen arbeiten und die Angriffe und das Unrecht, das den Palästinenser:innen angetan wird, dokumentieren und veröffentlichen.“ „Das ist also ihre Taktik“:

Israels unerbittliche Angriffe auf die palästinensischen Rechtsgruppen zielen offenbar auch darauf ab, die langwierigen und unübersichtlichen Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs zu Palästina zu verhindern. Mindestens ein Mitglied der „Sechs“, der Direktor von *Al-Haq* Shawan Jabarin, hat sich mit dem Chefankläger des ISTGH getroffen.

**Durch die Beschlagnahmung von Akten, Computern und USB-Sticks, so Albanese, verstößt Israel offenbar gegen Artikel 70 Absatz 1 c des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (13), der es verbietet, „Vergeltungsmaßnahmen gegen einen Zeugen wegen seiner Aussage zu ergreifen oder die Beweisermittlung zu zerstören, zu verfälschen oder zu behindern“.**

Auch das Einschleusen von *Pegasus*-Spionageprogrammen (14) in die Mobiltelefone von Salah Hammouri und anderen palästinensischen Menschenrechtsverteidigern bringt sie und ihre Mandanten in Gefahr, so Lawlor.

Haben die Palästinenser:innen und ihre zivilgesellschaftlichen Gruppen das Recht, sich all diesen israelischen Repressalien zu widersetzen? Ja, sagte Francesca Albanese gegenüber *Mondoweiss*, „weil es sich um eine Bevölkerung handelt, die unter einer lang andauernden und unrechtmäßigen Besetzung steht“.

„Das palästinensische Volk hat das Recht auf Selbstbestimmung, das heißt letztlich das Recht, als Volk zu existieren, und auch das Recht, als Volk Widerstand zu leisten“, so Albanese.

„Welche Wege stehen den Palästinensern offen, um sich der Besetzung zu widersetzen? An erster Stelle steht das internationale Recht ... und die Palästinenser:innen haben, offen gesagt, im Laufe der Zeit friedlichen Widerstand geleistet, legalen Widerstand. Schauen Sie sich die Arbeit der sechs NRO an! Selbst das ist nicht zu schützen. Das ist ein gefährliches Signal, das wir an die besetzten Palästinenser:innen senden.“

„Um ein ganzes Volk 55 Jahre lang unter Besetzung zu halten“, sagt Albanese, „benötigt man viel Gewalt, denn man unterdrückt täglich ihre Rechte, und das löst natürlich Gewalt aus. Es gibt nur einen Weg, Frieden an diesem Ort zu schaffen, und das ist die Gewährleistung von Freiheit. Die Freiheit erreichen wir durch die Einhaltung des internationalen Rechts.“

Quelle:

<https://mondoweiss.net/2022/09/un-officials-denounce-israels-illegal-and-unacceptable-war-on-palestinian-civil-society/>

1. <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2022/08/un-experts-condemn-israeli-suppression-palestinian-human-rights>
2. <https://www.ohchr.org/en/special-procedures/sr-palestine/francesca-albanese-special-rapporteur-situation-human-rights-palestinian-territory-occupied-1967>
3. <https://www.ohchr.org/en/special-procedures/sr-human-rights-defenders/ms-mary-lawlor>
4. <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2022/08/bachelet-deplores-israels-failure-grant-visas-un-human-rights-staff-occupied>
5. <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2022/05/un-experts-alarmed-israel-high-court-ruling-masafer-yatta-and-risk-imminent>
6. <https://www.alhaq.org/advocacy/18527.html>
7. <https://www.aljazeera.com/news/2022/9/5/israel-extends-detention-of-palestinian-french-rights-lawyer>
8. <https://ihl-databases.icrc.org/ihl/INTRO/380>
9. <https://www.ohchr.org/en/special-procedures/wg-arbitrary-detention>
10. <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N99/770/89/PDF/N9977089.pdf>
11. <https://www.ohchr.org/en/instruments-mechanisms/instruments/international-covenant-civil-and-political-rights>
12. <https://www.reuters.com/world/europe/nine-eu-states-keep-backing-terrorist-palestinian-civil-society-groups-2022-07-12/>
13. <https://www.icc-cpi.int/sites/default/files/RS-Eng.pdf>
14. <https://www.theguardian.com/world/2021/nov/08/palestinian-activists-mobile-phones-hacked-by-nso-says-report>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de